

ZeS **REPORT**

ZeS report

Der ZeS report erschien bis 2014 zweimal im Jahr, gibt Einblicke in aktuelle Forschungsarbeiten und informiert über neue Projekte, Veröffentlichungen, Tagungen u.v.m..

[ZeS report 6. Jg. Nr. 1 April 2001](#)

[Download PDF](#)

Editorial

Die Entwicklung der Sozialpolitik in Deutschland, die europäische Dimension sozialpolitischer Aktivitäten und die zunehmende Transnationalität von Problemen und Lösungen bilden einen Kern der Forschungsarbeiten des Zentrums für Sozialpolitik. International vergleichende Analysen ziehen sich durch die Arbeiten aller Abteilungen. Mit der Jour-fixe Reihe Sozialpolitik im Ländervergleich, die das Zentrum für Sozialpolitik im Wintersemester 2000/01 durchgeführt hat, wurde eine Auswahl dieser Arbeiten vorgestellt. Die Beiträge werden in diesem ZeS report, zum Teil stark gekürzt und überarbeitet, einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

In einem Beitrag zur anonymen Sozialpolitik des Marktes untersucht Herbert Obinger die politisch-institutionellen Grundlagen des Wirtschaftswachstums. Für den Zeitraum zwischen 1960 und 1992 untersucht Herbert Obinger den Effekt von drei potenziellen politischen Einflussgrößen für ein Sample von knapp 100 Ländern: den Einfluss von Property Rights, die Effektivität des politisch-administrativen Systems sowie den Einfluss der politischen Stabilität auf die ökonomische Entwicklung. Die Ergebnisse heben den Wert der Qualität von Institutionen für eine positive Entwicklung des Wirtschaftswachstums hervor und verweisen auf die politische Dimension von ökonomischen Entwicklungen; als wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung wurden die Etablierung eines effektiven Institutionen-Systems und die Gewährleistung politischer Stabilität nachgewiesen.

Sven Jochem untersucht den Reformprozess in vier verhandlungsdemokratisch strukturierten europäischen Wohlfahrtsstaaten - Dänemark, Schweden, die Niederlande und Deutschland - in den 80er und 90er Jahren: Welche Möglichkeiten des Interessenausgleichs haben

Verhandlungsdemokratien im wohlfahrtsstaatlichen Reformprozess, welche Wege sind verschlossen und wie richten die politischen Akteure ihre Strategien aus? Nach einer typologischen Verortung der vier Wohlfahrtsstaaten kommt Sven Jochem zu dem Schluss, dass innerhalb der gebräuchlichen Klassifizierungen unterschiedliche Reformpotenziale angelegt zu sein scheinen. Die Untersuchung entscheidender Weichenstellungen vor allem in den frühen 80er und der weiteren Entwicklung in den 90er Jahren zeigt für alle vier Länder, dass wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik zunehmend an den Schnittstellen zwischen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik ansetzt. Während konkordanzdemokratische Muster sowohl in Dänemark als auch in den Niederlanden weitreichende Reformen ermöglicht haben, bedeutet die föderale Struktur Deutschlands eine Reformbarriere. Jochem kommt weiter zu dem Ergebnis, dass die Denationalisierung der europäischen Ökonomie von einer Denationalisierung weiterer Politikfelder ergänzt wird; nicht nur die Lohnpolitik in den europäischen Ländern sondern auch die sozialpolitische Reformdebatte gleiche sich zunehmend an.

Uwe Helmert richtet den Blick auf die Gesundheitspolitik und geht der Frage nach, in welchem Ausmaß auch heute noch soziale Bedingungsfaktoren für Krankheitsentstehung und Frühsterblichkeit von Bedeutung sind – ein Thema, das in der gesundheitspolitischen Diskussion in Deutschland kaum eine Rolle spielt. Während beispielsweise aus England und den skandinavischen Ländern umfangreiche Untersuchungen über die soziale Ungleichheit bei Morbidität und Mortalität vorliegen, ist die Forschungslage in Deutschland ausgesprochen defizitär. Die Studien zeigen übereinstimmend, so Helmert, dass weiterhin sozialschicht-spezifische Unterschiede bestehen, wenngleich sie in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt sind.

Einen ebenfalls vernachlässigten Bereich, auch in der politischen Diskussion, stellt die Invalidenversicherung dar. Holger Viebrok berichtet über ein Projekt, das europäische Entwicklungstendenzen in der Invalidenversicherung untersucht. Die Ausgangshypothese der Untersuchung, dass die Invaliditätssicherung immer mehr auch zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik geworden ist, konnte zwar zunächst bestätigt werden. Da aber seit Beginn der 70er Jahre unter dem Druck von Finanzierungsfragen die Senkung der Ausgabenentwicklung in den Vordergrund rückte, wurde, wie zuvor schon in anderen Ländern, jüngst auch in Deutschland das Arbeitsmarktrisiko von der Absicherung gegen Erwerbsminderung getrennt.

Franz-Xaver Kaufmann, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Sozialpolitik, trug am 24. Januar Ergebnisse einer international vergleichenden Studie über die Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf Veränderungen im Bereich privater Lebensformen vor. Wir dokumentieren den Schlussteil des Vortrages mit inhaltlichen Ergebnissen. Sie wurden in einem theoretischen Kontext entwickelt, der u. a. darauf setzt, dass der idiosynkratische Charakter nationaler sozialpolitischer Entwicklungen für ein vertieftes Verständnis unterschiedlicher Stile der Familienpolitik ernst genommen werden müsse; für die Einlösung des Anspruchs auf Vergleichbarkeit wurde deshalb eine Typisierung von Nationen nach kulturellen, geographischen und historischen Ähnlichkeiten gewählt. Franz-Xaver Kaufmann kommt zu dem Schluss, dass sich tatsächlich deutlich unterschiedliche Stile der Familienpolitik in den verschiedenen Ländern feststellen lassen, welche nach den Dimensionen explizit-implizit sowie symbolisch-effektiv

typisiert werden.

Mit einem Überblick über die Ergebnisse vergleichender Forschung in der Abteilung Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates stellt Manfred G. Schmidt in neun Thesen neuere Befunde der Forschung zu den Bestimmungsfaktoren und dem Leistungsprofil demokratischer Wohlfahrtsstaaten vor. Die Thesen arbeiten heraus, dass demokratische Staatsverfassungen grundsätzlich besonders günstige Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau einer ehrgeizigen Sozialpolitik enthalten, wenngleich die sozialpolitischen Aktivitäten stark variieren. Untersucht werden die Bestimmungsfaktoren für das Wachstum des Sozialstaats und deren Bedeutung für Bestrebungen zum Um- oder Rückbau von Sozialpolitik, auch hier zeigen sich größere Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern. In der Bundesrepublik Deutschland häufen sich eher zahllose kleine, schrittweise erfolgende Kursänderungen, die insgesamt, so Schmidt, doch zu einer beachtlichen Lern- und Fehlerkorrekturfähigkeit geführt haben. Manfred G. Schmidt fragt, ob der Reformspielraum in der Bundesrepublik Deutschland groß genug ist, um die wichtigsten Herausforderungen der Sozialpolitik abzarbeiten und kommt schließlich zu der Einschätzung, dass in Deutschland ein deutliches Missverhältnis zwischen gut ausgebauter Sozialpolitik einerseits und der Vernachlässigung von anderen Politikfeldern, die für die Zukunftssicherung ebenso wichtig sind, bestehe. Schmidt formuliert begründete Hoffnung für die Reformfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, die, wenn auch im einzelnen strittig, bislang doch zu größeren Korrekturen fähig war als andere Regime, beispielsweise die der ehemals sozialistischen Wohlfahrtsstaaten. Abschließend verweist Manfred G. Schmidt auf die doppelte Wirkung der Sozialpolitik, zugleich Problemlöser und Problemerzeuger, Nutzenstifter und Kostenverursacher zu sein.

Die in den Beiträgen angesprochenen sozialpolitischen Problemlagen spiegeln sich auch in den Tagungsberichten und Veranstaltungsankündigungen in diesem ZeS report wider. Ergänzt um Literaturhinweise und Informationen zu neuen Projekten so wie weiteren Nachrichten wird damit der Blick auf die aktuellen Arbeiten des Zentrums für Sozialpolitik abgerundet.

(Gisela Hegemann-Mahltig)